

Antworten auf die Wahlprüfsteine der Bundeselternvertretung der Kinder in Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege (BEVKI) anlässlich der Bundestagswahl 2017



1. Wir wollen, dass alle Eltern einen Kitaplatz finden, wenn sie einen suchen. Was kann der Bund tun, um die Länder und Kommunen dabei zu unterstützen Kitas in ausreichender Zahl zur Verfügung zu stellen?

In den vergangenen Jahren wurden viele Kita- und Krippenplätze geschaffen. Dieser Ausbau der Angebote für die Kinder ist ein großer Erfolg. 2016 wurden bundesweit 719.558 Kinder unter drei Jahren gezählt, die eine Kindertageseinrichtung oder eine Kindertagespflegestelle besuchen. Die Betreuungsquote lag demzufolge zuletzt bei 32,7 Prozent aller Kinder unter drei Jahren. Inzwischen steigt der Bedarf für alle Kinder bis zum Schuleintritt. Aktuelle Berechnungen des Deutschen Jugendinstituts gehen davon aus, dass bis 2020 350.000 Angebote geschaffen werden müssten. Leider wird sich die Bundesregierung nur an der Schaffung von weiteren 100.000 beteiligen. Wir wollen die fehlenden 250.000 Plätze finanzieren, damit es für alle Eltern mit ihren Kindern, die ein Angebot wollen, auch eines gibt.

2. Es gibt einen Rechtsanspruch auf einen Kitaplatz ab eins. Was können Eltern tun, wenn sie keinen Platz zum 1. Geburtstag gefunden haben?

Eltern sollten sich auf jeden Fall mit ihrem Anliegen an das zuständige Jugendamt wenden. Erst wenn das Jugendamt nicht in einer angemessenen Zeit einen passenden Platz anbietet, steht Eltern der Rechtsweg offen.

3. Einen Kitaplatz zu haben ist wichtig, das reicht Eltern aber oft nicht aus. Sie wollen einen guten Kitaplatz für ihr Kind. Welche konkreten Maßnahmen wollen Sie ergreifen, um die Qualität in den Kitas zu verbessern?

Uns ist wichtig, dass es sich um Plätze in richtig guten Krippen, Kitas und Kindergärten handelt. Eltern wollen ihre Kinder gut versorgt wissen. Kinder brauchen Fachkräfte, die ihnen Zeit widmen und sie individuell fördern. Leider hat sich die Qualität der Angebote seit Jahren nicht wirklich verbessert. Und es gibt zu wenige Erzieherinnen und Erzieher für unsere Kinder. Das wollen wir ändern.

Deswegen wollen wir bundesweit in einem Gesetz Qualitätsstandards festlegen. Dazu haben wir in unserem Antrag „Qualität in der frühkindlichen Bildung fördern“ (Drucksache 18/1459) Vorschläge in den Bundestag eingebracht.

4. Gehört aus Ihrer Sicht ein kostenloses Mittagessen zu einer guten Kita dazu?

Für uns ist das gemeinsame Mittagessen der Kinder mehr als nur Nahrungsaufnahme. Auch unter pädagogischen Gesichtspunkten sind gemeinsame Mahlzeiten von Bedeutung, da sie nicht nur das soziale Miteinander fördern, sondern auch wichtige Kulturtechniken vermitteln. Eine gesunde Ernährung und die Einhaltung der Qualitätsstandards in der Kindertagesbetreuung sind uns wichtig. Um dies pädagogisch zu verankern, muss die Ernährungsbildung als Teil der Ausbildung von Fachkräften in der Kindertagesbetreuung weiter ausgebaut werden. Wir finden, dass die Kostenübernahme für das Mittagessen für Kinder aus Familien mit ALG-II-Bezug bzw. mit geringem Einkommen über das sogenannte "Bildungs- und Teilhabepaket" auf nicht-stigmatisierende Weise gewährleistet sein muss. Wir haben daher in unserem Antrag „Gesellschaftliche Teilhabe und gute Bildung für alle Kinder und Jugendlichen sicherstellen“ gefordert, den Eigenanteil beim Mittagessen abzuschaffen. Grundsätzlich wollen wir das Kooperationsverbot zwischen Bund und Ländern aufheben. Damit wäre der Weg frei, auch mit Bundesmitteln durch kostenfreie Infrastruktur-Angebote Teilhabe am sozialen Leben, an Bildung, Kultur und Mobilität zu ermöglichen.

5. Qualität braucht Platz! Wieviel Raum braucht eine qualitativ gute Kita aus Ihrer Sicht?

Die Zukunft beginnt in der Kindertagesstätte. Kindertagesstätten bieten Raum zum Spielen, Lernen und Sprechen und Kindern die Chance auf Bildungserfolg. Unserer Auffassung nach haben viele Aspekte Einfluss auf die Qualität der frühkindlichen Bildung. Dazu gehört, dass Kinder entsprechend viel Raum zum Spielen brauchen und um ihrem Bewegungsdrang nachgehen zu können. Wir engagieren uns für gute räumliche Bedingungen. Wie viel Quadratmeter eine gute Kita haben sollte, wird nicht von der Bundesebene vorgegeben.

6. Umso weniger Kinder eine Fachkraft betreuen muss, umso besser kann sie sich der individuellen Förderung der Kinder widmen. Wie sollte das angestrebte Fachkraft-Kind-Verhältnis aus Ihrer Sicht aussehen und mit welchen Maßnahmen wollen Sie dieses erreichen?

Eine Erzieher*in soll künftig höchstens drei Kinder unter drei Jahren bzw. höchstens zehn ältere Kinder betreuen. Wir wollen in Aus- und Weiterbildung von Erzieher*innen investieren und Rahmenbedingungen schaffen, dass sie besser bezahlt werden. Der Bund soll sich mit mindestens drei Milliarden pro Jahr an den zusätzlichen Kosten beteiligen.

7. Wie steht ihre Partei zum Fachkräftegebot in den Kindertagesstätten? Sollte der Bund die Länder darin unterstützen, Fachkräfte für die Einrichtungen zu gewinnen?

Mit der Qualifikation des pädagogischen Fachpersonals steigt auch die Qualität der geleisteten Arbeit. Die Arbeit in den Kindertagesstätten ist in den vergangenen Jahren anspruchsvoller geworden. Um das breite Aufgabenspektrum zu bewältigen bedarf es einer erweiterten Personalstruktur. Wir finden, dass für einen Teil des Personals eine entsprechend höher qualifizierte Ausbildung notwendig ist. Daher streben wir an, dass mehr Fachkräfte mit Hochschulabschluss in den Einrichtungen beschäftigt werden. Außerdem wollen wir die Erzieher*innen-Ausbildung neu gestalten und attraktiver machen.

8. Kitaplätze sollten überall und für alle zur Verfügung stehen. Was wollen Sie tun, um allen den Zugang zu Kitas zu erleichtern?

Für den weiteren Ausbau des Angebots und zur Verbesserung der Qualität soll der Bund mit mindestens drei Milliarden Euro pro Jahr eine größere Verantwortung für die frühkindliche Förderung übernehmen. Konkret heißt das: Alle Kinder bekommen einen Anspruch auf einen Ganztagsplatz in einer guten Kita, die mehr als nur eine Betreuungseinrichtung ist und in der Kinder von 0 bis zur Einschulung ganzheitlich und interkulturell gefördert werden, indem Erzieher*innen Zeit haben, jedes einzelne Kind zu unterstützen.

9. Obwohl der Bund immer mehr Geld in den letzten Jahren für Kitas ausgibt und die Länder und Kommunen finanziell unterstützt, sind Elternbeiträge vor Ort oft gestiegen. Eltern sehen sich in vielen Orten einer Verdoppelung von Beiträgen ausgesetzt und/oder mit dem Wegfall des Geschwisterbonus konfrontiert. Wie beurteilen Sie diese Entwicklungen? Andere Kommunen und Länder haben begonnen einzelne Jahre oder einige Stunden am Tag beitragsfrei zu gestalten. Familien können nur wenige Kilometer auseinander wohnen, aber ihr Kitabeitrag unterscheidet sich um mehrere hundert Euro. Was muss getan werden, um diese Ungerechtigkeit zu beenden? Was kann der Bund in dieser Situation konkret unternehmen?

Grundsätzlich ist unser Ziel, beitragsfreie Bildung von Anfang an - auch in Kitas. Gegenwärtig muss aber dringend in den bedarfsgerechten Ausbau und in die deutliche Verbesserung der Qualität investiert werden. Wichtiger als die Beitragsfreiheit ist uns, dass alle Eltern, die einen Platz wollen oder brauchen, auch einen guten Platz bekommen.

Klar ist, dass kein Kind von einer Kita ausgeschlossen sein darf, weil sich die Eltern die Beiträge nicht leisten können. Wir haben daher in unserem Antrag „Geld, Zeit, Bildung und Teilhabe – Familien gezielt unterstützen“ (Drs. 18/12110) die Bundesregierung aufgefordert, gesetzlich sicherzustellen, dass die Elternbeiträge in der Kindertagesbetreuung angemessen sozial gestaffelt sind und vor allem geringverdienende Eltern nicht belasten.